

13.06.2007

Angelika Esch, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Sprecherin im Bau- und Vergabeausschuss;

Rolf Eichenhorst, Sprecher Betriebsausschuss Städtisches Gebäudemanagement

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die SPD-Ratsfraktion möchte Sie regelmäßig über die Bauprojekte der Stadt Bonn informieren. Der Newsletter greift aktuelle Themen aus dem Bereich Baumanagement auf und stellt die Arbeit der SPD-Ratsfraktion vor.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil wir annehmen, dass Sie an den Informationen interessiert sind. Sollten Sie in Zukunft keinen Newsletter mehr erhalten wollen, so teilen Sie uns dies bitte kurz mit. Wir werden Sie sofort aus dem Verteiler streichen. Wenn Sie weitere Interessent/inn/en für den Infobrief haben, freuen wir uns ebenfalls über eine Nachricht.

Inhalt

1. **Kein Gabunsperrholz für das Theater**
2. **Hochwasserschutzmauer in Beuel wächst**
3. **Papierloser Ausschreibungsversand**
4. **Unwetterschäden**
5. **Aktionsprogramm Klimaschutz**
6. **Sachstand Schadstoffsanierung in Bonner Schulen**
7. **SPD fordert mehr Rauchmelder**

1. **Kein Gabunsperrholz für das Theater**

Nachdem eine entsprechende Vorlage bereits im letzten Bau- und Vergabeausschuss auf unsere Initiative hin vertagt wurde, hat der Ausschuss auch in seiner letzten Sitzung keinen Auftrag erteilt, Gabunsperrholz für das Bonner Theater zu kaufen. Das Theater hat seine Vorlage zurückgezogen und sucht nach Alternativen, die auf dem Holzmarkt aber nur sehr schwer zu finden sind.

Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann hatte das Theater Anfang der Woche aufgefordert, gemeinsam mit den in Bonn ansässigen Forest Stewardship Council (FSC) über andere Lösungen zu sprechen. Der Ratsbeschluss, auf den Gebrauch von Tropenhölzern zu verzichten, sollte auch bei den Bestellungen des Theaters berücksichtigt werden .

Gegen den Kauf von Gabunsperrholz hatten zahlreiche Umweltorganisationen protestiert.

In der Beschluss-Vorlage ging es um die Ausschreibung für Latten, Mehrschichtplatten und Sperrholz, das in der kommenden Spielzeit im Kulissenbau, vor allem für den Bau von Dekorationswänden, verwendet werden soll. In den vergangenen beiden Jahren hatte die Bühnenwerkstatt mit Pappelsperrholz experimentiert. Leider hat dieses Holz nicht die benötigten Eigenschaften.

2. **Hochwasserschutzmauer in Beuel wächst**

Einen halben Monat vor dem gesteckten Zeitrahmen liegen die Arbeiten beim zweiten Bauabschnitt zum Hochwasserschutz in Beuel. Zwischen Steiner- und Johannesstraße soll die Hochwasserschutzmauer Ende Mai stehen, dann kann es an den dritten Bauabschnitt gehen. Auf 250 Metern wird dann zwischen Johannes- und Königsheimstraße gebaut. Der Rat der Stadt Bonn hat beschlossen, den weiteren Ausbau der Hochwasserschutzanlagen südlich der Kennedybrücke auf 9,50 m Bonner Pegel zur Gänze durch die Stadt Bonn zu finanzieren. Entsprechende Mittel sind im Haushalt für insgesamt 5 Bauabschnitte

vorgesehen. Die Statik der Hochwasserschutzmauer für 9,50 m BP ist so ausgelegt, dass sie eine spätere Aufstockung mittels mobiler Elemente um 70 cm auf eine Schutzhöhe von 10,20 m BP ermöglicht. Das entspricht einem 60-jährlichen Hochwasserereignis. Das Kanalnetz ist dafür ausgelegt.

Der Nutzen der geplanten Maßnahme für die Stadt liegt somit in der Reduzierung der Hochwasserereignisse und –tage für die betroffene Bevölkerung und damit auch in einer nicht unwesentlichen Kostenreduzierung bei Bauschäden, Sachkosten, Verkehr und Personal. In den bereits erstellten Abschnitten nördlich der Kennedybrücke zeigte sich, dass dieser Schutz optisch verträglich gestaltet werden kann. Diese Bereiche sind auf große Zustimmung der Bevölkerung gestoßen.

3. Papierloser Ausschreibungsversand

Im Bereich des Versands öffentlicher Ausschreibungen steht mittlerweile nahezu jede Ausschreibung zum kostenlosen Download zur Verfügung. Rund 2300 Abonnenten beziehen mittlerweile den wöchentlichen Vergabe-Newsletter der Stadt. Der zentrale Vergabeservice informiert darüber hinaus mit einem Infoblatt bzw. im persönlichen Gespräch über diesen Weg.

Mittelfristig soll ganz auf den Versand von Papierunterlagen verzichtet werden, da folgende Arbeitsschritte entfallen können:

- Erstellen einer Druckvorlage im Fachamt
- Druck bzw. Nachdruck
- Transport zum Zentralen Vergabeservice (ZVS)
- Anforderungen auf dem Postweg/Fax
- Vereinnahmung/Verbuchung von Gebühren
- Zusammenstellung und Versand der Unterlagen
- Nachsendung von Änderungen/Ergänzungen auf dem Postweg

Ein großer Teil der Vergabeunterlagen wandert bislang in den Papierkorb, künftig druckt sich der Bewerber/Bieter nur die relevanten Unterlagen aus.

Die Reduzierung von Papier und Postlaufwegen ist auch ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz.

Weitere Informationen unter:

http://www.bonn.de/rat_verwaltung_buergerdienste/stellenangebote_ausschreibungen/vob/index.html?lang=de

4. Unwetterschäden

An städtischen Gebäuden bzw. Liegenschaften sowie Straßen, Kanälen, Signalanlagen und Kläranlagen ist durch das Unwetter am Dienstag, den 22.05.2007, durch Überflutungen, Wassereintritte, Blitzschlag und Sturm erheblicher Schaden entstanden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 850.000€. Insgesamt mussten 3 Gebäude geschlossen werden.

- Hauptschule Am Römerkastell (Wiederinbetriebnahme am 25.05.2007)
- Anne-Frank-Schule (die statische Begutachtung ist erfolgt, es liegen keine baukonstruktiven Schäden vor; bis zum Ende der Sommerferien wird die unwetterbedingte Sanierung abgeschlossen)
- Viktoriabad inkl. Stadtmuseum (Wiederinbetriebnahme des Stadtmuseums am 23.05.2007; Schließung des Viktoriabades aus Sicherheitsgründen bis zum 25.05.2007; saisonbedingte Schließung am 26.05.2007; voraussichtlicher Abschluss der Wartung bis Ende der 28. KW).

Die genaue Aufstellung ist unter folgenden Link abrufbar:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/O/rtf/07/0711659.rtf

5. Aktionsprogramm Klimaschutz

Der Betriebsausschuss SGB hat in seiner letzten Sitzung dem Aktionsprogramm Klimaschutz zugestimmt. Mit verstärkten Initiativen auf allen Ebenen, die eine Einflussmöglichkeit auf den Klimawandel haben, muss es angesichts dieser historischen Herausforderung gelingen, die jetzt schon wahrnehmbaren und absehbaren Folgen des Klimawandels zu begrenzen. Zur Begrenzung des laufenden Temperaturanstiegs auf 2°C im Jahresmittel, muss der CO₂-Ausstoß in den industrialisierten Ländern des Nordens bis 2020 um mindestens 30% und bis 2050 um 60 – 80% reduziert werden. Die Stadt Bonn hat sich seit ihrem Beitritt zum Klima-Bündnis der Europäischen Städte im Jahr 1995 unter anderem durch die Unterzeichnung der Local Governments ´Renewables Declaration im Jahr 2004 und der Wahrnehmung des Vorsitzes des WMCCC (World Mayors Council on Climate Change) durch die Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn zu dieser Verantwortung bekannt. Mit dem vorliegenden Aktionsprogramm zum Klimaschutz Stadt Bonn 2007 wird diese Entwicklung fortgeschrieben.

Weitere Informationen unter:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/O/rtf/07/0711117.rtf

6. Sachstand Schadstoffsanierung in Bonner Schulen

In der letzten Sitzung des SGB legte die Verwaltung einen Sachstandsbericht zur Schadstoffsanierung an Bonner Schulen vor.

Der Bericht kann unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/Rtf/07/0711573.rtf

7. SPD fordert mehr Rauchmelder

Von besonderem Interesse ist die Frage, ob die Landesregierung NRW gewillt ist, den Einbau von Rauchmeldern verpflichtend in die Bauordnung des Landes NRW aufzunehmen. Andere Bundesländer haben dies schon getan. Dem Vernehmen nach gibt es im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW Widerstände gegen eine solche Regelung, die von den Fachleuten der Feuerwehren seit längerem gefordert wird. Bei Neubauten und Grundsanierungen von Wohnanlagen ist der Einbau von Rauchmeldern Bestandteil der Förderrichtlinien. Insbesondere dort, wo Familien mit Kleinkindern, ältere Menschen oder Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, in größerer Zahl unter einem Dach leben, besteht Handlungsbedarf. Wir fordern daher private Eigentümer von Wohnanlagen auf, nicht auf die Änderung der Bauordnung zu warten, sondern unverzüglich tätig zu werden. Weitere Punkte der Anfrage sind daher der Stand des Einbaus bei städtischen Einrichtungen, insbesondere Senioren – Wohnheimen, und die Möglichkeiten der Stadt, bei privaten Eigentümern von Wohnanlagen für den Einbau zu werben.

Große Anfrage unter: http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710727.htm

Stellungnahme der Verwaltung:

http://www.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710727ST2.htm